

**A b d r u c k  
Niederschrift**

über die **öffentliche** Sitzung des Kreistages Miltenberg  
von Montag, den **08.10.2007**,  
im großen Sitzungssaal des Landratsamtes Miltenberg

Beginn der Sitzung: 14:00 Uhr  
Ende der Sitzung: 16:30 Uhr

**Den Vorsitz führte Herr Landrat Roland Schwing.**

**Anwesend waren:**

**Kreistagsmitglieder**

Frau Gabriele Almritter  
Herr Dietmar Andre  
Frau Marion Becker  
Herr Karl-Heinz Bein  
Herr Michael Berninger  
Herr Joachim Bieber  
Herr Michael Böhme  
Frau Sonja Dolzer-Lausberger  
Frau Ellen Eberth  
Herr Dr. Hans Jürgen Fahn  
Frau Emma Fichtl  
Herr Bruno Fischer  
Herr Hans Grimm  
Herr Boris Großkinsky  
Herr Michael Günther  
Herr Erich Hein  
Frau Birgit Hotz  
Herr Dr. Heinz Kaiser  
Frau Claudia Kappes  
Frau Marliese Klappenberger-Thiel  
Herr Richard Klug  
Herr Erich Kuhn  
Herr Edwin Lieb  
Herr Dr. Heinz Linduschka  
Herr Joachim Lüft  
Herr Thorsten Meyerer  
Frau Petra Münzel  
Herr Karl Neuser  
Frau Waltraud Nutz  
Herr Günther Oettinger  
Herr Jürgen Reinhard  
Herr Paul Ripperger  
Herr Ludwig Ritter  
Herr Berthold Rüth  
Herr Jens Marco Scherf  
Herr Ludwig Scheurich  
Herr Otto Schmedding  
Frau Ruth Schöyen  
Frau Monika Schuck  
Herr Kurt Schumacher  
Herr Dr. Ulrich Schüren

Herr Kurt Schüßler  
Herr Manfred Schüßler  
Herr Hermann Spinnler  
Herr Erich Stappel  
Herr Ivo Trützel  
Herr Dr. Rainer Vorberg  
Frau Gabriele Weber  
Herr Roland Weber  
Frau Ruth Weitz

**Entschuldigt fehlten:**

Herr Hermann-Josef Eck  
Herr Ferdinand Kern  
Frau Gabriele Manderfeld-Albreit  
Frau Isolde Marsilia  
Herr Helmut Oberle  
Herr Bernhard Stolz  
Herr Wolfgang Zöllner

**Gefehlt haben:**

Herr Erwin Dotzel  
Herr Ulrich Frey  
Herr Dr. Jörg Vorbeck

**Von der Verwaltung haben teilgenommen:**

Herr Dietmar Fieger, Verwaltungsdirektor  
Herr Alexander Hoffmann, Regierungsrat (Punkt 5)  
Herr Wolfgang Röcklein, Regierungsamtmann (Punkt 5)  
Herr Gerhard Rüth, Verwaltungsamtsrat  
Frau Susanne Seidel, Gleichstellungsbeauftragte (Punkt 4)  
Herr Kurt Straub, Verwaltungsoberamtsrat  
Frau Ursula Mottl, Schriftführerin

**Ferner waren anwesend:**

Herr Wabersich und Herr Faulhaber vom Büro IBU, Tauberbischofsheim (Punkt 5)

Vor Eintritt in die Tagesordnung gratulierte Landrat Schwing

- Kreisrat Kurt Schüßler zur Vollendung des 60. Lebensjahres am 14.09.2007
- Kreisrat Jürgen Reinhard zur Vollendung des 40. Lebensjahres am 20.09.2007

Des Weiteren gab Landrat Schwing folgende Termine bekannt:

- Einweihung des II. Bauabschnitts des Julius-Echter-Gymnasiums Elsenfeld am 19.10.2007
- Seminar „Einführung in die Doppik“ am 26.11.2007 von 14.00 Uhr bis 17.00 Uhr

**Tagesordnung:**

- 1 Anerkennung der Sitzungsniederschrift vom 23.07.2007
- 2 Vereidigung von Frau Ruth Schöyen als Nachfolgerin der ausgeschiedenen Kreisrätin Heidi Wright
- 3 Entwicklung der Gründerzentren in Bayern:  
Bericht von Geschäftsführer Dr. Heimann
- 4 Tätigkeitsbericht der Gleichstellungsbeauftragten
- 5 Erweiterung der Kreismülldeponie Guggenberg für DK 2-Abfälle und Neubau einer Deponie für DK 0-Abfälle
- 6 Büchergeld:  
Entscheidung über die Einstellung (auch Antrag der SPD-Fraktion vom 28.09.2007)

## Tagesordnungspunkt 1:

**Anerkennung der Sitzungsniederschrift vom 23.07.2007**

Gegen die Niederschrift über die Sitzung des Kreistages vom 23.07.2007 wurden innerhalb der 14-tägigen Frist keine Einwendungen erhoben. Sie gilt daher als anerkannt.

## Tagesordnungspunkt 2:

**Vereidigung von Frau Ruth Schöyen als Nachfolgerin der ausgeschiedenen Kreisrätin Heidi Wright**

Landrat Schwing wies darauf hin, dass das Kreistagsmitglied, Frau Heidi Wright, Eisenfeld, zum 01.08.2007 aufgrund eines Wohnortwechsels gemäß Art. 48 Abs. 1 Ziff. 1 GLKrWG aus dem Kreistag Miltenberg ausgeschieden sei. In den Kreistag nachrücken werde die Kandidatin mit der nächst höchsten Stimmenzahl aus dem Wahlvorschlag der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands, Frau Ruth Schöyen, Miltenberg.

Nachdem die SPD-Fraktion im Kreistag Miltenberg gebeten habe, bei der Berufung von Frau Ruth Schöyen das beschleunigte Verfahren anzuwenden, sei Frau Schöyen mit Schreiben des Landratsamtes Miltenberg vom 09.08.2007 vorgeschlagen worden, an der heute stattfindenden Kreistagsitzung zunächst als Gast auf der Galerie teilzunehmen. Weiter sei Frau Schöyen mitgeteilt worden, dass sie nach entsprechender Beschlussfassung durch den Kreistag unter Verzicht auf die achttägige Erklärungsfrist ihre Bereitschaft zur Annahme des Ehrenamtes erklären und sofort vereidigt werden könne.

Nachdem Frau Ruth Schöyen dieser formlosen Einladung gefolgt ist, wurde durch den Kreistag einstimmig folgendes

**b e s c h l o s s e n :**

1. Der Kreistag stellt fest, dass Kreisrätin Heidi Wright durch ihre Wohnsitznahme im Landkreis Main-Spessart zum 01.08.2007 gemäß Art. 48 Abs. 1 Ziff. 1 GLKrWG ihr Amt als Kreisrätin verloren hat.
2. Der Kreistag stellt weiter fest, dass Kandidatin mit der nächst höchsten Stimmenzahl und damit Listennachfolgerin von Frau Heidi Wright aus dem Wahlvorschlag der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands Frau Ruth Schöyen ist.
3. Der Kreistag erklärt sich damit einverstanden, dass das verkürzte Verfahren angewandt wird.

Frau Ruth Schöyen wurde sodann gebeten, in den Sitzungssaal zu kommen.

Nachdem Frau Ruth Schöyen die Erklärung unterschrieben hatte, wonach sie

- auf die achttägige Erklärungsfrist verzichtet und
  - bereit ist, das Ehrenamt der Kreisrätin zu übernehmen und den Diensteid zu leisten
- wurde sie durch Nachsprechen der Eidesformel (Art. 24 Abs. 4 der LkrO i.d.F. der Bekanntmachung vom 22.08.1998) und Verpflichtung durch Handschlag in das Ehrenamt der Kreisrätin eingeführt.

Tagesordnungspunkt 3:

**Entwicklung der Gründerzentren in Bayern:  
Bericht von Geschäftsführer Dr. Heimann**

Landrat Schwing teilte mit, dass dieser Tagesordnungspunkt entfalle, weil Herr Dr. Heimann den heutigen Termin nicht wahrnehmen könne. Der Bericht werde in der nächsten Kreistagsitzung erstattet.

Tagesordnungspunkt 4:

**Tätigkeitsbericht der Gleichstellungsbeauftragten**

Frau Seidel, Gleichstellungsbeauftragte, gab den dieser Niederschrift beiliegenden und im Kreistagsinformationssystem (KIS) eingestellten Tätigkeitsbericht 2007.

Landrat Schwing dankte für den Bericht, der zeige, dass die Gleichstellungsbeauftragte vielfältige Bereiche abdecke. Die Arbeit werde oftmals im Stillen geleistet, aber auch bei großen Veranstaltungen.

Kreisrätin Almritter dankte namens der SPD-Fraktion für den Bericht und die zahlreichen Aktivitäten. Sie fände es gut, wenn in diesem Zusammenhang auch über den Familienatlas gesprochen würde, denn in diese Studie gelange der Landkreis Miltenberg nicht zu Ruhmehren.

Nachdem Kreisrätin Almritter einige Punkte dieser Studien angesprochen hatte, erinnerte Landrat Schwing daran, dass heute über den Bericht der Gleichstellungsbeauftragten, nicht über den Familienatlas gesprochen werde. Wenn Kreisrätin Almritter dies wünsche, müsse sie einen entsprechenden Antrag stellen.

Kreisrätin Almritter bat daraufhin, den Familienatlas in den Kreisgremien zu analysieren. Ihrer Meinung nach müssen Studien, in denen der Landkreis Miltenberg nicht gut abschneide, zur Diskussion gestellt werden.

Landrat Schwing sagte dazu, dass es alle möglichen Untersuchungen gebe, von denen oftmals niemand wisse, welches Konzept diesen zugrunde liege.

Kreisrat Dr. Linduschka dankte ebenfalls für den Bericht und die geleistete Arbeit und fragte nach der Anzahl der bisherigen Beschwerden nach den Allgemeinen Gleichstellungsgesetz (AGG) und der Korruptionsfälle.

Frau Seidel teilte dazu mit, dass ihr bisher zwei Korruptionsfälle bekannt geworden seien und die Beschwerdestelle nach AGG sechsmal in Anspruch genommen worden sei. Intern gebe es bisher keine derartigen Fälle.

Kreisrätin Weitz äußerte sich erstaunt darüber, wie viel Arbeit Frau Seidel in Teilzeit bewältige. Dass das Frauen-Netzwerk wieder belebt werden soll, sei erfreulich, weil nur mit Vernetzung eine Verbesserung der Gleichstellung und die Vereinbarkeit von Familie und Beruf für Frauen zu schaffen sein werde. Kreisrätin Weitz erklärte ihre Bereitschaft, sich dabei weiterhin für die SPD-Fraktion einzubringen.

Kreisrat Scherf sprach Dankesworte namens der Mitglieder von Bündnis 90/Die Grünen und fragte, wie die Gleichstellungsbeauftragte das vielfältige Arbeitspensum in Teilzeit schaffe. Das Projekt „Neue Wege für Jungs“ bezeichnete er als eine gute Sache und bat, künftig nicht nur die Schulen einzubinden, sondern auch das Staatl. Schulamt, damit das Projekt noch mehr an Priorität gewinne. Unter Hinweis darauf, dass das Gleichstellungskonzept des Landkreises Miltenberg überarbeitet werden soll, bat Kreisrat Scherf etwas über die Schwerpunkte Integration und Kinderbetreuung mitzuteilen. Diese Schwerpunkte werden im Landkreis Miltenberg wie Stiefkinder behandelt, was auch der Familienatlas bestätige. Leider habe Landrat Schwing den Familienatlas als unseriös bezeichnet.

Landrat Schwing bemerkte, dass Kreisrat Scherf ihm etwas unterstelle, was er nie gesagt habe. Richtig sei, dass er gesagt habe, es gebe derzeit eine Fülle von Untersuchungen, von denen man nicht wisse, auf welcher Basis diese durchgeführt worden seien. Er habe nie behauptet, dass der Familienatlas unseriös sei. Tatsache sei auch, dass es (wie auch bereits im Jugendhilfeausschuss vorgetragen) im Landkreis Miltenberg bezüglich Kinderbetreuung bereits große Fortschritte gebe.

Frau Seidel teilte mit, dass über das Projekt „Neue Wege für Jungs“ jährlich die Schulen, das Staatl. Schulamt und die Presse informiert werden. Zur Arbeit der Projektgruppe Integration werde mitgeteilt, dass diese gerade mit der Arbeit begonnen habe und deshalb noch nicht an die Öffentlichkeit gegangen sei.

Die Frage von Kreisrätin Dolzer-Lausberger, wie sich die neu geschaffene Familien-Stelle auf die Arbeit der Gleichstellungsbeauftragten auswirken werde, wurde von Frau Seidel dahingehend beantwortet, dass es ihre Aufgabe sei, auf bestimmte Dinge aufmerksam zu machen, während Aufgabe der neuen Kollegin die Vernetzung sein werde.

Kreisrat Andre dankte Frau Seidel namens der CSU-Fraktion für den Bericht und die geleistete Arbeit. Er erinnerte daran, dass der Kreisausschuss bereits beschlossen habe, nächstes Jahr über verschiedene Dinge der Prognos Studie zu sprechen, um anschließend die erforderlichen Schritte einzuleiten. In den Bereichen Bildung und Ausbildung unternehme der Landkreis Miltenberg bereits große Anstrengungen, aber gerade in diesen Bereichen bewerte die Studie den Landkreis Miltenberg nicht gut, so dass gefragt werden müsse, was andere besser machen.

Den Dank der Fraktion Freie Wähler erstattete Kreisrat Dr. Fahn. Er lobte die effektive Arbeit der Gleichstellungsbeauftragten. Er fragte, was der Grund dafür sei, dass dieses Jahr nur 185 und im Vorjahr 215 Beratungen durchgeführt worden seien. Jungen für Mädchenberufe zu interessieren bezeichnete er ebenfalls als gute Sache und fragte, wie die konkrete Planung aussehe.

Frau Seidel gab daraufhin bekannt, dass es denkbar sei, dass das Projekt „Neue Wege für Jungs“ noch ausgeweitet werde. Zur Frage bezüglich der unterschiedlichen Anzahl der Beratungen im Jahr 2006 und im Jahr 2007 könne sie sagen, dass es darauf ankomme, wie intensiv die jeweiligen Beratungen seien.

Kreisrat Stappel sprach Frau Seidel Bewunderung dafür aus, wie sie die ihr übertragenen Aufgaben gemeistert habe. Er bat sie, so weiter zu arbeiten und wünschte ihr für die anstehenden Aufgaben eine glückliche Hand.

Tagesordnungspunkt 5:

### **Erweiterung der Kreismülldeponie Guggenberg für DK 2-Abfälle und Neubau einer Deponie für DK 0-Abfälle**

Landrat Schwing begrüßte zu diesem Punkt Herrn Wabersich und Herrn Faulhaber vom Büro IBU. Er teilte mit, dass überlegt worden sei, ob die Kreismülldeponie Guggenberg stillgelegt oder die vorhandene Fläche weiter genutzt werden soll. Der Ausschuss für Natur- und Umweltschutz habe sich bereits dafür ausgesprochen, auf dieser Deponie einen DK 2-Abschnitt und eine DK 0-Deponie für Erdaushub zu errichten. Die Zuständigkeit für Erdaushub sei 1981 auf die Städte und Gemeinden übertragen worden. In der Zwischenzeit gebe es im Landkreis Miltenberg nur noch fünf gemeindliche Bauschutt- und 13 Erdaushubdeponien. Für Erdaushub, der nicht verwertet werden könne, gebe es eine neue Deponieverordnung, wonach die Kommunen mit derartigen Deponien reagieren müssen. Es müssen daraufhin aber nicht alle dieser Deponien geschlossen werden; die diesbezüglichen Untersuchungen seien noch nicht abgeschlossen. Durch die geplanten Baumaßnahmen auf der Kreismülldeponie werde im Moment noch keine Kommune betroffen.

Regierungsamtmann Röcklein wies darauf hin, dass die neue Deponieverordnung ab 01.08.2009 gelte. Danach habe die Verwertung weiterhin Vorrang. Die Landkreisverwaltung habe sich deshalb Möglichkeiten überlegen müsse, wie künftig Erdaushub und Bauschutt entsorgt werden können. Sofern die Kreismülldeponie Guggenberg entsprechend der Empfehlung des Ausschusses für Natur- und Umweltschutz erweitert werde, werde das dort zur Verfügung stehende Volumen noch ca. 15 Jahre ausreichen. Probleme gebe es allerdings wegen kleiner Mengen Erdaushub bzw. Bauschutt. Der Ausschuss empfehle daher, auf der Müllumladestation Erlenbach a.Main künftig

- bis zu 0,5 t Erdaushub kostenlos
- bis zu 2 t Erdaushub gegen entsprechende Gebühr und
- vorübergehend bis maximal 5 t Erdaushub ebenfalls gegen entsprechende Gebühr anzunehmen.

Nach Erläuterungen von Herrn Wabersich gab Landrat Schwing den Wortlaut des am 02.10.2007 vom Ausschuss für Natur- und Umweltschutz gefassten Empfehlungsbeschlusses bekannt.

Kreisrat Fischer bemerkte, dass er sich bereits in der Ausschusssitzung am 02.10.2007 dafür ausgesprochen habe, dass die Kreismülldeponie Guggenberg wie vorgeschlagen erweitert

werde, weil dies die günstigste Lösung sei. Darüber hinaus müsse die Landkreisverwaltung den Kommunen helfen, die ihre Erdaushubdeponien erhalten wollen.

Landrat Schwing sagte dazu, dass die Planungen der Landkreisverwaltung die kommunalen Erdaushubdeponien überhaupt nicht beeinflussen. Absolute Priorität habe jedoch die Verwertung. Er bat jedoch zu bedenken, dass 19 Kommunen im Landkreis Miltenberg keine Erdaushubdeponie mehr hätten.

Kreisrätin Münzel erklärte, sie habe ursprünglich gezweifelt, ob sie dem Konzept zustimmen soll. Sie hatte sich für die Errichtung einer Erdaushubdeponie im nördlichen Teil des Landkreises Miltenberg eingesetzt und gebeten, eine fiktive Kostenschätzung für eine solche Deponie zu erstellen. Das Schreiben von Bürgermeister Sauer, Leidersbach, vom 01.10.2007 bestätige, dass im nördlichen Teil des Landkreises Miltenberg Bedarf für eine weitere Erdaushubdeponie bestehe. In der Ausschusssitzung am 02.10.2007 habe die Landkreisverwaltung dann ein Konzept vorgelegt, nach welchem die Mengen an Erdaushub, die künftig auf der Müllumladestation Erlenbach a.Main angenommen werden, erhöht werden sollen. Dies sei ihrer Meinung nach zum Teil auf ihre hartnäckige Forderung geschehen. Weil es nun gelungen sei, gemeinsam mit der CSU-Fraktion ein vernünftiges Konzept auf den Weg zu bringen, könne sie heute dem Empfehlungsbeschluss des Ausschusses für Natur- und Umweltschutz zustimmen.

Kreisrat Dr. Fahn wies darauf hin, dass in der Ausschusssitzung am 02.10.2007 auch darüber diskutiert worden sei, dass Guggenberg am Rande des Landkreises Miltenberg liege und deshalb gefragt werden müsse, ob es noch andere Möglichkeiten gebe. Aufgrund des weiten Weges aus dem nördlichen Teil des Landkreises Miltenberg zur Kreismülldeponie Guggenberg bestehe nämlich die Gefahr, dass einige Bürgerinnen bzw. Bürger ihren Bauschutt in der Landschaft ablagern.

Landrat Schwing sagte zur Äußerung von Kreisrätin Münzel, wenn sich Bürgermeister Sauer von der Landkreisverwaltung vorab hätte informieren lassen, hätte er sich seinen Vorschlag sparen können. Dieser Vorschlag gehe nämlich an der Realität vorbei und sei nicht umsetzbar. Leider werde immer so getan, als würden alle zusätzlichen Maßnahmen nichts kosten. Würden zusätzliche Deponien errichtet, müssten weiteres Personal, Maschinen usw. vorgehalten werden, was viel Geld kosten und die Bürgerinnen und Bürgern finanziell belasten würde. Weil man das nicht wolle, soll eine kostengünstige Lösung realisiert werden.

Kreisrat Schmedding erklärte, als Bürgermeister von Eichenbühl und dem Ortsteil Guggenberg könne er dem vorliegenden Konzept nicht zustimmen. Die Bürgerinnen und Bürger seiner durch die bereits jetzt täglich zur Deponie Guggenberg fahrenden 50 LKW's stark belastet und gefährdet. Künftig sollen täglich 120 LKW's zur Deponie Guggenberg fahren. Das könne den Bürgerinnen und Bürger nicht zugemutet werden.

Landrat Schwing sagte dazu, er verstehe die Reaktion von Kreisrat Schmedding. Aber mit 120 täglichen Fahrten zur Deponie Guggenberg liege man deutlich unter den 150 Plan festgestellten Fahrzeugen. Im Übrigen habe die Gemeinde Eichenbühl bezüglich der Deponie Guggenberg beträchtliche finanzielle Mittel erhalten, die zur Verbesserung der Situation in der Ortsdurchfahrt von Eichenbühl hätten verwendet werden sollen. Leider sei nicht bekannt, wo Verbesserungen erfolgt seien.

Kreisrat Schumacher teilte mit, dass die SPD-Fraktion der vorgeschlagenen Erweiterung der Kreismülldeponie Guggenberg zustimmen werde, auch wenn sie Verständnis dafür habe, dass sich das erhöhte Verkehrsaufkommen für die Bürgerinnen und Bürger nachteilig auswirke. Sie hoffe, dass nach Umsetzung des Konzeptes die Öffnungszeiten auf der Deponie Guggenberg und der Müllumladestation Erlenbach a.Main erweitert werden. Der entsprechende SPD-Antrag soll in der nächsten Sitzung des Ausschusses für Natur- und Umwelt-

schutz behandelt werden. Wegen der weiten Entfernungen, die die Bürgerinnen und Bürger aus dem nördlichen Teil des Landkreises Miltenberg sowie aus dem Südspessart und dem Raum Amorbach zur Deponie Guggenberg zurückzulegen hätten, sei es der SPD-Fraktion wichtig, dass auch die gemeindlichen Deponien bestehen bleiben.

Kreisrat Ritter wies darauf hin, dass Bürgerinnen und Bürger aus Mömlingen zur Deponie Guggenberg und zurück künftig 90 km fahren müssen. Das sei unverständlich. Jeder könne wohl verstehen, dass in einer Gemeinde, die an einem Hang liege, große Mengen Erdaushub anfallen. In Mömlingen hätten über viele Jahre hinweg eine Erdaushub- und eine Bau-schuttdeponie bestanden, die wegen Verfüllung geschlossen worden seien. Nach Meinung von Kreisrat Ritter müsse für die Städte und Gemeinden, die von Guggenberg weit entfernt liegen, eine bezahlbare zumutbare Lösung gefunden werden.

Landrat Schwing bemerkte, dass mit dem zu fassenden Beschluss keine gemeindlichen Deponien tangiert werden. Neue Standorte zu finden, dürfte aber sehr schwierig sein.

Kreisrat Spinnler sagte, er habe gegen den Beschlussvorschlag grundsätzlich nichts einzuwenden, sehe aber auch das bereits angesprochene Problem der Bürgerinnen und Bürger aus dem nördlichen Teil des Landkreises Miltenberg und dem Südspessart. Wenn ein Bauherr aus diesen Bereichen Erdaushub zur Deponie Guggenberg verbringen müsse, sei das ein großer Kostenfaktor, den der Kreistag bei seiner Entscheidung bedenken sollte. Die Errichtung einer zusätzliche Deponie würde lt. Landrat Schwing Kosten in Höhe von rd. 4 Mio. € + Betriebskosten verursachen. Diese Kosten müssten über die Gebühren an die Bürgerinnen und Bürger weitergegeben werden. Unter Hinweis darauf, dass bereits Brücken, Autobahnen usw. bereits im PPP-Modell ohne Einsatz öffentlicher Mittel gebaut werden, bat Kreisrat Spinnler zu überlegen, ob auch eine im Landkreis Miltenberg zu realisierende öffentlich-rechtliche Maßnahme nach diesem Modell errichtet werden könnte. Der Landkreis Miltenberg müsste dann nicht selbst bauen und auch die Kosten nicht auf die Bürgerinnen und Bürger umlegen. Ihm (Kreisrat Spinnler) gehe es darum, dass den Bürgerinnen und Bürgern aus dem nördlichen Teil des Landkreises Miltenberg und dem Südspessart eine Alternative geboten werde, die den Landkreis Miltenberg nichts koste. Das wäre ein Akt der Bürger- und Kundenfreundlichkeit.

Kreisrat Rüth wies darauf hin, dass der Kreistag heute nur darüber zu beschließen habe, ob die Kreismülldeponie Guggenberg für DK 2- und DK 0-Abfälle weiter ausgebaut werden soll. Mit dem Anliegen der Gemeinde Leidersbach, stellvertretend für die Gemeinden, in denen noch Erdaushubdeponien bestehen, habe der Landkreis Miltenberg nichts zu tun. Diesen Gemeinden bleibe es unbenommen, ihre Deponien weiter zu betreiben, sofern sie die Auflagen einhalten. Des Weiteren sollte bedacht werden, dass es derzeit in keiner Gemeinde Probleme beim Bauen gebe und die Baufirmen zur Verwertung angewiesen seien. Der Eindruck der heute vermittelt worden sei, treffe nicht zu. Es gehe darum, die Kreismülldeponie Guggenberg sinnvoll auszubauen und die finanziellen Mittel sinnvoll einzusetzen.

Kreisrat Trützel bemerkte, dass wohl niemand verstehen könne, dass normaler Erdaushub zur Deponierung durch den gesamten Landkreis Miltenberg gefahren werden soll. Es müsse daher überlegt werden, wie das verhindert werden könne. Kreisrat Trützel schlug vor, am Wertstoffhof Erlenbach a.Main eine Meldestelle einzurichten, bei der jede/r Bürgerin/Bürger nachfragen könne, wo Erdaushub kostengünstig angeliefert werden könne. Dann würden keine Anlieferungen zur Kreismülldeponie Guggenberg erforderlich.

Kreisrat Reinhard erinnerte daran, dass im Ausschuss für Natur- und Umweltschutz intensiv über ein zusätzliches Angebot des Landkreises Miltenberg diskutiert worden sei. Dieses Angebot (Erhöhung der Annahmemenge von Erdaushub auf der Müllumladestation Erlenbach a.Main) komme den Städten und Gemeinden zugute, die aufgrund der gesetzlichen Vorschriften künftig keine Deponien mehr betreiben dürfen. Kreisrat Reinhard schlug vor, im

Jahr 2009 nach Vorliegen von Erfahrungswerten erneut über dieses Angebot zu diskutieren. Vielleicht können die Annahmemengen dann reduziert werden.

Kreisrat Oettinger sprach sich dafür aus, die Diskussion über bestehende und künftige Deponien zu beenden. Die Stilllegung von Deponien sei nicht Aufgabe des Kreistages. Der Kreistag habe heute nur über den Empfehlungsbeschluss des Ausschusses für Natur- und Umweltschutz zu entscheiden.

Kreisrat Dr. Kaiser wies darauf hin, dass Kreisrat Ritter die Situation verkenne. Es gebe gesetzliche Vorschriften, an denen er sogar mitgewirkt habe. Fakt sei, dass Kommunen ihre bestehenden Deponien weiter betreiben können. Konkrete Standortvorschläge seien heute nicht unterbreitet worden. Das vorgeschlagene PPP-Modell sei eine neue Variante, welches z.B. beim Bau von Brücken schneller zu einer Verkehrsentlastung führe, aber den Staatshaushalt belaste. Würde eine Erdaushubdeponie mittels PPP-Modell errichtet, müsste der Landkreis die Kosten tragen.

Landrat Schwing stellte richtig, dass für die Errichtung einer Deponie mittels PPP-Modell nicht der Landkreis Miltenberg, sondern die Gebührenzahler aufkommen müssten.

Kreisrätin Münzel warnte vor einem PPP-Modell. Die Errichtung einer neuen Deponie zu Kosten von ca. 4 Mio. € würde den Kreishaushalt belasten. Ein Privatunternehmen würde die Kosten vorstrecken und letztendlich käme die Maßnahme teurer, weil das Privatunternehmen keine so günstigen Kredite wie die öffentliche Hand erhalte.

Bei zwei Gegenstimmen wurde durch den Kreistag sodann auf Empfehlung des Ausschusses für Natur- und Umweltschutz vom 02.10.2007 folgendes

#### **b e s c h l o s s e n :**

1. Der Ausbau der Kreismülldeponie Guggenberg entsprechend dem vom Büro IBU ausgearbeiteten und bekannten Szenario 2 mit
  - Errichtung eines DK 2-Abschnittes für ein Ablagerungsvolumen von 45.000 cbm
  - Errichtung einer DK 0-Deponie für ein Ablagerungsvolumen von 95.000 cbmwird genehmigt. Die Verwaltung wird beauftragt, zügig alle erforderlichen Planungen und Genehmigungen einzuleiten. Ziel ist es, dass zumindest der DK 2-Deponieabschnitt zum 15.07.2009 zur Verfügung steht.
2. Auf der Müllumladestation Erlenbach a.Main werden künftig
  - bis zu 0,5 t Erdaushub kostenlos
  - bis zu 2 t Erdaushub gegen entsprechende Gebühr und
  - vorübergehend bis maximal 5 t Erdaushub ebenfalls gegen entsprechende Gebühr angenommen.Die Verwaltung wird beauftragt, hierfür bis zur nächsten Sitzung des Ausschusses für Natur- und Umweltschutz ein Konzept zu erarbeiten.

Tagesordnungspunkt 6:

#### **Büchergeld:**

#### **Entscheidung über die Einstellung (auch Antrag der SPD-Fraktion vom 28.09.2007)**

Landrat Schwing führte aus, dass er sofort nach der Präsidiumssitzung des Bayerischen Landkreistages die Leitungen der Landkreisschulen angewiesen habe, die Erhebung von

Büchergeld bis zur endgültigen Entscheidung zurückzustellen. Anlässlich eines Gespräches der kommunalen Spitzenverbände mit dem Bayerischen Staatsministerium für Unterricht und Kultus am 28.09.2007 sei folgendes Ergebnis erzielt worden:

1. Die Lernmittelfreiheit soll ab dem Schuljahr 2008/2009 gesetzlich neu geregelt werden. Gemeinsames Ziel ist es, das Büchergeld als Beitrag der Eltern abzuschaffen.
2. Dazu soll die im Gesetz vorgesehene Revision des Gesamtbedarfs vorgezogen werden. Staat und kommunale Spitzenverbände werden die Prüfung gemeinsam vornehmen.
3. Die Neuregelung ab dem Schuljahr 2008/2009 mit der Aufteilung der gemeinsamen Finanzierung wird bis zum Jahresende 2007 verhandelt.
4. Für das laufende Schuljahr 2007/2008 wird die Staatsregierung umgehend eine Gesetzesänderung einbringen, mit der die Erhebung des Büchergeldes bis zur Höhe von 20,00 € bzw. 40,00 € je Schüler in das Ermessen der Kommunen gestellt wird. Somit ist die Erhebung des Büchergeldes für das Schuljahr 2007/2008 nicht mehr verpflichtend.

Bezüglich der Einstellung des Büchergeldes liege auch folgender Dringlichkeitsantrag der SPD-Fraktion vom 28.09.2007 vor:

1. Der Landkreis Miltenberg erhebt ab sofort kein Büchergeld mehr für alle Schulen, deren Sachaufwandsträger er ist.
2. Der Landrat wird aufgefordert, über den Bayerischen Landkreistag dafür zu sorgen, dass die durch den Wegfall des Büchergeldes auf den Landkreis Miltenberg zukommenden Kosten in vollem Umfang vom Freistaat Bayern übernommen werden.

Die Landkreisverwaltung schlage ebenfalls vor, kein Büchergeld mehr zu erheben. Allerdings gehöre der Landkreis Miltenberg nicht zu den Kommunen, die sich mit dem Büchergeld ein „Polster“ geschaffen haben. Es seien keine großen Rücklagen vorhanden. Wenn es nicht gelinge, mit dem Freistaat Bayern zu einer anderen Beteiligung zu kommen, werde das Büchergeld dem Landkreis Miltenberg fehlen.

Für den Landkreis Miltenberg liegen folgende Zahlen vor:

- Im Haushaltsjahr 2006 an Büchergeld eingenommen	210.000,00 €
ausgegeben	213.000,00 €
- im Haushaltsjahr 2007 an Büchergeld eingenommen	249.000,00 €
bisher ausgegeben	192.000,00 €

Bis zum Jahresende 2007 werde der Betrag vollständig ausgegeben sein. Rücklagen seien und hätten nicht gebildet werden können.

Der Bedarf für das Jahr 2008 werde sich auf ca. 260.000,00 € belaufen. Der Finanzierungsanteil des Freistaates Bayern betrage 4,00 €/Schüler (= ca. 26.000,00 €).

Kreisrätin Münzel erinnerte daran, dass die Mitglieder von Bündnis 90/Die Grünen am 13.10.2005 beantragt hätten, dass der Kreistag Miltenberg bezüglich der Einstellung des Büchergeldes eine Resolution erlasse, weil das Büchergeld ein nicht zu gerechtfertigender Beitrag der Eltern sei. Verwaltungsdirektor Fieger habe dazu mitgeteilt, dass das Gesetz über die Erhebung von Büchergeld ordnungsgemäß zustande gekommen sei und keine Veranlassung gesehen werde, dagegen vorzugehen. Umso erfreulicher sei es jetzt, dass die SPD-Fraktion eine Kehrtwende vollziehe und der Landrat und die Verwaltung ebenfalls vorschlagen, künftig kein Büchergeld mehr zu erheben.

Unter Hinweis darauf, dass gesagt worden sei, der Freistaat Bayern beteilige sich am Büchergeld mit 4,00 €/Schüler fragte Kreisrätin Münzel, ob die zugesagten Mittel für 2007 bereits eingetroffen seien. Weiter wies Kreisrätin Münzel darauf hin, dass das Gesetz über die Erhebung von Büchergeld erst zum Schuljahr 2008/2009 geändert werden soll. Nachdem die Kommunen kein Büchergeld mehr erheben, entstehe eine Finanzierungslücke. Warum werde das Gesetz nicht schon zum Schuljahr 2007/2008 geändert? Nach Meinung von Kreisrä-

tin Münzel könnte der Bayerische Landtag das Gesetz so schnell ändern, dass es rückwirkend in Kraft treten könnte.

Landrat Schwing teilte dazu mit, dass beim Landratsamt Miltenberg heute ein Schreiben des Bayerischen Landkreistages mit dem Gesetzesentwurf eingegangen sei. Wie bereits mit dem Bayerischen Kultusministerium vereinbart, sei vorgesehen, die Erhebung von Büchergeld im Schuljahr 2007/2008 in das Ermessen der Kommunen zu stellen und das Büchergeld zum Schuljahr 2008/2009 abzuschaffen. Landrat Schwing bat zu bedenken, dass der Landkreis Miltenberg das Büchergeld immer für die Schüler ausgegeben habe. Wenn die Erhebung von Büchergeld eingestellt werde, verzichte der Landkreis Miltenberg im Schuljahr 2007/2008 auf 234.000,00 €.

Kreisrat Dr. Schüren bemerkte, dass das, was Kreisrätin Münzel gesagt habe, zutreffe. Zentraler Aspekt aus Sicht der SPD-Fraktion sei, dass es sich bei der Einstellung bzw. Abschaffung des Büchergeldes um nichts anderes als um ein missglücktes Wahlgeschenk der CSU handele, das von den Kommunen finanziert werden soll. Wenn der Landkreis Miltenberg aufgrund dieses vorgezogenen Wahlgeschenk auf den Kosten sitzen bleiben sollte, werde sich die SPD-Fraktion entsprechend wehren. Zur Beschlussvorlage der Landkreisverwaltung sei zu sagen, dass der Vorschlag des Kreiskämmerers den Landkreis Miltenberg enorm belastete und keine Logik beinhalte. Dass das Büchergeld abgeschafft werden soll, sei in Ordnung, aber die Motive dazu seien mehr als fragwürdig.

Kreisrat Dr. Linduschka sagte, er könne die Äußerung von Kreisrat Dr. Schüren unterstreichen. Lob könne er der Landkreisverwaltung dafür aussprechen, dass sie das eingenommene Büchergeld ausgegeben und keine Rücklagen gebildet habe. Das bestätige, dass die Landkreisschulen wahrgenommen und die Gelder für notwendige Dinge eingesetzt werden. Wenn Konnexität jemals Prinzip gehabt habe, treffe es nach Meinung von Kreisrat Dr. Linduschka bezüglich des Büchergeldes zu. Es müsse klar gestellt werden, dass der Freistaat Bayern und nicht die Kommunen oder der Landkreis die Kosten tragen müssen. Der kombinierte SPD-Antrag sei daher gut. Nach der Beschlussvorlage verzichte der Landkreis Miltenberg auf 234.000,00 €. Dieser Betrag darf nicht am Landkreis Miltenberg hängen bleiben.

Landrat Schwing erklärte, dass das Büchergeld mit Konnexität nichts zu tun habe. Das entsprechende Gesetz werde für ganz Bayern und nicht für einzelne Landkreise oder Kommunen. Er wehre sich daher gegen Punkt 2 des vorliegenden SPD-Antrages, wonach der Landrat aufgefordert werden soll, über den Bayerischen Landkreistag dafür zu sorgen, dass die durch den Wegfall des Büchergeldes auf den Landkreis Miltenberg zukommenden Kosten in vollem Umfang vom Freistaat Bayern übernommen werden. Fakt sei, dass Konnexität nur dann gegeben sei, wenn neue Aufgaben zugeteilt werden. Rückwirkend könne Konnexität nicht gefordert werden.

Verwaltungsoberratsrat Straub teilte mit, dass der Freistaat Bayern seinen Finanzierungsanteil in Höhe von 4,00 €/Schüler für das Schuljahr 2007/2008 noch nicht gezahlt habe. Er gehe davon aus, dass dies bis Ende Oktober 2007 erfolge. Vor Erhebung von Büchergeld seien im Kreishaushalt jährlich 160.000,00 € für die Landkreisschulen enthalten gewesen. Vom Freistaat Bayern seien dem Landkreis Miltenberg als Sachaufwandsträger der Landkreisschulen jährlich ca. 66 % erstattet worden, der Anteil des Landkreises Miltenberg habe ca. 33 % betragen. Seit Büchergeld erhoben werde, erhalte der Landkreis Miltenberg vom Freistaat Bayern jährlich 26.000,00 €. Nachdem der Bedarf an Büchergeld für das Schuljahr 2008/2009 ca. 260.000,00 € betragen werde, müssen im Haushalt 2008 ca. 234.000,00 € bereitgestellt werden.

Kreisrat Dr. Kaiser begrüßte es, dass das Büchergeld entfallen soll. Er widersprach jedoch der Aussage des Landrats, dass das Büchergeld erst zum Schuljahr 2008/2009 abgeschafft werden soll. Es wäre durchaus möglich, innerhalb weniger Wochen den alten Zustand her-

zustellen. Kritik übte Kreisrat Dr. Kaiser weiter an der Informationspolitik von Landrat Schwing. Nachdem der Landrat des Landkreises Cham bereits alle Schulen Niederbayerns angewiesen hatte, die Erhebung von Büchergeld einzustellen, hätte Landrat Schwing zumindest die Presse informieren können. Nach Meinung von Kreisrat Dr. Kaiser sollte der Kreistag heute die Erwartung zum Ausdruck bringen, dass der Gesetzgeber einen Ausgleich schaffe und zwar sofort.

Landrat Schwing stellte richtig, dass er sofort nach dem Bekanntwerden des Ergebnisses des Gespräches zwischen den vier Präsidenten der Spitzenverbände und dem Kultusministerium die Landkreisschulen angewiesen habe, kein Büchergeld einzusammeln. Außerdem habe er die Presse verständigt, für deren verspätete Berichterstattung er jedoch nicht verantwortlich sei.

Kreisrat Rüth wies darauf hin, dass es, als das Büchergeld eingeführt worden sei, Klagen gegeben habe. Daraufhin sei festgelegt worden, dass nach drei Jahren eine Überprüfung erfolge. Diese Zeit sei vorüber. Die Frage, welche Vorteile das Büchergeld habe, könne wie folgt beantwortet werden: In SPD-regierten Städten München, Nürnberg und Augsburg bestehe kein guter Bücherbestand. Das Büchergeld sei daher besonders diesen Schülerinnen und Schülern zugute gekommen. Die CSU im Bayerischen Landtag wäre durchaus in der Lage, ein Nachtragsgesetz zu beschließen. Da der Freistaat Bayern an der Finanzierung beteiligt sei, sei dies aber ohne Zustimmung der kommunalen Spitzenverbände nicht möglich. Der Kreistag Miltenberg soll heute beschließen, dass die Erhebung von Büchergeld eingestellt werde, um eine stärkere Beteiligung des Freistaates Bayern zu erreichen. Es müsse jetzt auf dem Verhandlungsweg versucht werden, so viel Geld wie möglich vom Freistaat Bayern zu erhalten.

Kreisrat Scherf wies darauf hin, dass das Büchergeld zum Austausch des alten Bücherbestandes gedacht gewesen sei und zwar auf Kosten der Familien. Seiner Meinung nach müsse das Büchergeld wieder abgeschafft werden, aber nicht auf Kosten der Kommunen. Der Freistaat Bayern habe mit dem Büchergeld ein Chaos verursacht und wolle jetzt den Schwarzen Peter an die Kommunen weitergeben. Dagegen müsse der Kreistag Miltenberg geschlossen vorgehen.

Unter Hinweis darauf, dass die Mitglieder der SPD und von Bündnis 90/Die Grünen die Belastung der Familien durch das Büchergeld in den Raum stellen, bemerkte Kreisrat Ripperger, dass im Landkreis Miltenberg rd. 600 Familien von der Zahlung von Büchergeld freigestellt seien.

Durch den Kreistag wurde sodann einstimmig folgendes

**b e s c h l o s s e n :**

Die Erhebung des Büchergeldes von Schülerinnen und Schülern aller Schulen, deren Sachaufwandsträger der Landkreis Miltenberg ist, wird für das laufende Schuljahr 2007/2008 eingestellt.

gez.

**Schwing**  
Vorsitzender

gez.

**Mottl**  
Protokollführerin